

Das Schiedsverfahren nach § 89 SGB V und § 18 a KHG

Eine vergleichende Darstellung unter besonderer
Berücksichtigung von Verfahrensfragen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechte durch die
Rechtswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
Iris Britta Lüke
aus Emsdetten

2010

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Dr. h. c. Wilfried Schlüter

Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Thomas Klicka

Dekan: Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer

Tag der mündlichen Prüfung: 01.02.2010

D 6

Diese Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Dr. Ulrich Stein am 01.02.2010 statt.

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Iris Britta Lücke

**Das Schiedsverfahren nach
§ 89 SGB V und § 18 a KHG**

Eine vergleichende Darstellung unter besonderer
Berücksichtigung von Verfahrensfragen

D 6 (Diss. Universität Münster (Westfalen))

Shaker Verlag
Aachen 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 2010

Copyright Shaker Verlag 2010

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-9075-7

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2009/2010 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur wurden bis Juli 2009 berücksichtigt.

Viele Personen haben das Entstehen dieser Arbeit mit ihrem Beitrag möglich gemacht. Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Wilfried Schlüter, der die Anregung zu diesem Thema gab und die Dissertation mit wertvollen Hinweisen betreute. Mein Dank gilt ferner Herrn Prof. Dr. Thomas Klicka für die äußerst schnelle Erstellung des Zweitgutachtens.

Danken möchte ich außerdem den Mitarbeitern des Rechtswissenschaftlichen Seminars I für die schöne Zeit und die vielfältige Unterstützung.

Frau Dr. Stefanie Sendmeyer sowie Herrn Dr. Jan-Hendrik Kister danke ich für ihren aufmunternden Beistand, viele verständnisvolle Gespräche und die Tatsache, dass sie die zeitaufwändige und mühselige Aufgabe des Korrekturlesens auf sich genommen haben.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle meine Eltern, Anne und Friedhelm Lücke, die mich während meiner gesamten Ausbildung umfassend unterstützten und mir stets mit Rat und Tat zur Seite standen. Ihnen möchte ich ganz herzlich danken.

Münster, im März 2010

Iris Britta Lücke

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einleitung.....	1
2. Teil: Das Vertragssystem in der gesetzlichen Krankenversicherung	4
1. Kapitel: Das Vertragssystem im Vertragsarztrecht.....	4
2. Kapitel: Das Vertragssystem im Krankenhaussektor.....	6
A. Das Vertragssystem im Bereich der Leistungserbringung	6
B. Das Vertragssystem im Bereich der Krankenhausfinanzierung	8
I. Das Einheitspreissystem.....	8
II. Vereinbarungen im Rahmen des KHEntgG.....	10
III. Vereinbarungen im Rahmen der BPflV.....	11
3. Teil: Die verschiedenen Schiedsämter und Schiedsstellen und ihre	
Aufgabenbereiche	13
1. Kapitel: Die Schiedsämter nach § 89 SGB V	13
A. Im Bereich der vertrags(zahn)ärztlichen Leistungen nach	
§ 89 Abs. 1 SGB V.....	14
I. Das Bundesschiedsamt nach § 89 Abs. 4 SGB V	14
II. Das Landesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 2 SGB V	15
B. Im Bereich der zahntechnischen Leistung nach § 89 Abs. 7, Abs. 8 SGB V...	16
I. Das Bundesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 7 SGB V	16
II. Das Landesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 8 SGB V	16
2. Kapitel: Schiedsstellen im Krankenhaussektor.....	17
A. Die Landesschiedsstelle nach § 114 SGB V	17
B. Die Schiedsstelle gemäß § 18 a KHG.....	18
I. Die Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG.....	19
II. Die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG.....	20
1. Aufgabenzuweisung nach dem KHEntgG und der BPflV.....	20
2. Aufgabenzuweisung nach § 17 a KHG	23
3. Aufgabenzuweisung nach dem SGB V.....	24
a) Aufgabenzuweisung nach § 115 a Abs. 3 S. 5 SGB V	24
b) Aufgabenzuweisung nach § 120 Abs. 4 SGB V	24
3. Kapitel: Die Schiedsstelle im Arzneimittelbereich gemäß § 129 Abs. 8 SGB V ..	25

4. Teil: Die Besetzung der Schiedsämter nach § 89 SGB V und der KHG-	
Schiedsstellen nach § 18 a KHG.....	27
1. Kapitel: Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	27
A. Im Bereich der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung	27
I. Das Landesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 2 SGB V.....	27
II. Das Bundesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 4 SGB V	30
B. Das Schiedsamt für die Vergütung zahntechnischer Leistungen	31
I. Das Bundesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 7 SGB V	31
II. Das Landesschiedsamt gemäß § 89 Abs. 8 SGB V	31
C. Eignungsanforderungen.....	34
I. Die (parteiischen) Vertreter des Schiedsamts	34
II. Die unparteiischen Mitglieder und der Vorsitzende	34
2. Kapitel: Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	35
A. Die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG	35
I. Besetzung	35
II. Eignungsanforderungen der Mitglieder	37
B. Die Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG	37
I. Besetzung	37
II. Eignungsanforderungen der Mitglieder	39
 5. Teil: Funktion und rechtliche Einordnung der Schiedsämter und	
Schiedsstellen	40
1. Kapitel: Funktion.....	40
A. Streitschlichtung.....	40
B. Verhältnis zu den Vertragsparteien	41
2. Kapitel: Rechtliche Einordnung	42
A. Qualifikation als juristische Personen des öffentlichen Rechts.....	42
I. Körperschaft des öffentlichen Rechts.....	43
II. (Atypische) Anstalt des öffentlichen Rechts.....	44
III. Ergebnis	45
B. Behördeneigenschaft.....	45
I. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	46
1. Organisationsrechtlicher Behördenbegriff.....	46
2. Funktioneller Behördenbegriff.....	48
II. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	49
1. Die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG.....	49

a) Organisationsrechtlicher Behördenbegriff.....	49
b) Funktioneller Behördenbegriff.....	50
aa) Tätigkeit im genehmigungsbedürftigen Aufgabenbereich (Pflegesatzverfahren).....	50
bb) Tätigkeit im genehmigungsfreien Aufgabenbereich nach dem SGB V	55
2. Die Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG	56
III. Ergebnis	57
6. Teil: Anwendbares Verfahrensrecht.....	58
1. Kapitel: Das anwendbare Verfahrensrecht des Schiedsamts nach § 89 SGB V ...	58
A. Anwendbarkeit des SGB X.....	58
I. Vorbehaltsklausel des § 37 SGB I.....	58
II. Voraussetzungen des § 8 SGB X	59
1. Tätigkeit einer Behörde.....	59
2. Wirkung nach außen	60
3. Erlass eines Verwaltungsaktes als Ziel der Tätigkeit.....	60
III. Ergebnis	62
B. Entsprechende Anwendbarkeit von Vorschriften des VwVfG.....	63
I. Vorschriften über das förmlicheungsverfahren (§§ 63 ff. VwVfG). 64	
II. Allgemeine Vorschriften über Ausschüsse (§§ 88 ff. VwVfG).....	66
C. Entsprechende Anwendbarkeit prozessualer Vorschriften	67
D. Innenrecht der Schiedsämter	68
E. Ergebnis.....	68
2. Kapitel: Das Verfahrensrecht der Schiedsstelle nach § 18 a KHG	68
A. Die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG im Pflegesatzverfahren.....	68
I. Anwendbarkeit des VwVfG	68
1. Schiedsstellenverfahren als Verwaltungsverfahren im Sinne des § 9 VwVfG.....	70
a) Tätigkeit einer Behörde.....	70
b) Wirkung nach außen	70
c) Erlass eines Verwaltungsaktes im Sinne des § 35 S. 1 VwVfG als Ziel.....	71
aa) Verwaltungsaktsqualität des Schiedsspruchs	71
(1) Hoheitliche Regelung eines Einzelfalls.....	71
(2) auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet	72

(3) Ergebnis.....	76
bb) Erfordernis, einen eigenen Verwaltungsakt zu erlassen.....	76
d) Ergebnis.....	77
2. (Entsprechende) Anwendbarkeit von Vorschriften über das förmliche Verwaltungsverfahren (§§ 63 ff. VwVfG) und über Ausschüsse (§§ 88 ff. VwVfG)	77
3. Ergebnis.....	79
II. Entsprechende Anwendbarkeit prozessualer Vorschriften	79
III. Ergebnis	80
B. Die Landesschiedsstelle im Aufgabenbereich des SGB V	80
C. Die Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG	81
D. Innenrecht der KHG-Schiedsstellen	82

7. Teil: Die Rechtsstellung der Mitglieder in den Schiedsämtern und

Schiedsstellen	83
1. Kapitel: Ehrenamtlichkeit und ihre Auswirkungen.....	83
A. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	83
B. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG.....	84
2. Kapitel: Entschädigung	86
A. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	86
B. Die Schiedsstelle gemäß § 18 a KHG.....	86
3. Kapitel: Weisungsfreiheit.....	87
4. Kapitel: Weitere Mitgliedschaftspflichten und -rechte	89
A. Pflichten.....	89
B. Rechte	89
5. Kapitel: Unparteilichkeit/Neutralität und die Besorgnis der Befangenheit	90
A. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	90
I. Der Vorsitzende und die unparteiischen Mitglieder.....	90
1. Unparteilichkeit im Sinne des § 89 Abs. 2 S. 2 SGB V.....	90
2. Besorgnis der Befangenheit im Sinne des § 17 SGB X.....	94
3. Das Ablehnungsverfahren.....	95
a) Verlust des Ablehnungsrechts	95
b) Entscheidung über den Ablehnungsantrag.....	97
II. Die Vertreter der Vertragsparteien.....	99
B. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG.....	102
I. Die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG	102

1. Der Vorsitzende	102
a) Neutralität im Sinne des § 18 a Abs. 2 S. 1 KHG	102
b) Besorgnis der Befangenheit	103
c) Ablehnungsverfahren	103
2. Die Vertreter der Vertragsparteien	104
II. Die Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG	105
6. Kapitel: Beendigung der Mitgliedschaft	106
A. Ablauf der Amtszeit	106
B. Amtsniederlegung	107
C. Abberufung	108
8. Teil: Der Gang des Verfahrens	111
1. Kapitel: Verfahrensgrundsätze	111
A. Dispositionsmaxime	111
B. Grundsätze der Mündlichkeit und der Unmittelbarkeit	112
C. Der Beschleunigungsgrundsatz	114
D. Amtsermittlungs- oder Beibringungsgrundsatz	115
I. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	115
II. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	117
1. Die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG	117
2. Die Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG	122
E. Der Grundsatz der Parteiöffentlichkeit	123
F. Gleichbehandlungsgrundsatz, Willkürverbot und der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	124
2. Kapitel: Die Verfahrenseinleitung	125
A. Der Antrag	125
I. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	125
II. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	127
1. Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 1 KHG	127
2. Bundesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 6 KHG	129
B. Die Vorfragenkompetenz der Schiedsämter und Schiedsstellen	130
I. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	130
II. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	131
3. Kapitel: Das Verfahren im Einzelnen	132
A. Obligatorische Durchführung eines Einigungsversuchs	132
B. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	133

I. Einleitende Maßnahmen des Vorsitzenden	133
II. Versäumung von Schriftsatz- und Er widerungsfristen	134
III. Die Ladung zur mündlichen Verhandlung	136
C. Die Durchführung der mündlichen Verhandlung	137
I. Der Ablauf der mündlichen Verhandlung	137
II. Die Erweiterung des Streitstoffs	140
III. Entscheidung in Abwesenheit Beteiligter	141
4. Kapitel: Der Abschluss des Verfahrens	143
A. Durch Einigung der Parteien	143
B. Durch Rücknahme des Antrags	143
C. Abschluss durch Schiedsspruch	144
I. Entscheidungsfindung	144
1. Die Beratung	144
2. Beschlussfähigkeit und Abstimmung	145
a) Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	145
b) Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	146
II. Beurteilungsspielraum, Ermessen und (quasi-vertragliche) Gestaltungs- freiheit	147
1. Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	147
a) Beurteilungsspielraum	148
b) Verwaltungsermessen oder (quasi-vertragliche) Gestaltungsfreiheit ..	149
c) Ergebnis	153
2. Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	153
III. Der Schiedsspruch	156
1. Rechtsnatur	156
2. Form und Frist	158
a) Das Schiedsamt nach § 89 SGB V	158
b) Die Schiedsstelle nach § 18 a KHG	159
3. Bindungswirkung des Schiedsspruchs	160
9. Teil: Das aufsichts- und genehmigungsbehördliche Verfahren	162
1. Kapitel: Aufsicht über die Schiedsämter (§ 89 SGB V)	162
A. Zuständigkeit	162
B. Umfang der behördlichen Aufsicht	162
C. Aufsichtsmittel	165
I. Recht zur Anrufung der Schiedsstelle gemäß § 89 Abs. 1a SGB V	165

II. Ersatzvornahme gemäß § 89 Abs. 1 S. 5 SGB V	166
III. Beanstandungsrecht gemäß § 89 Abs. 5 S. 5 SGB V und weitere	
Aufsichtsmittel	167
1. Rechte der Aufsichtsbehörde	167
2. Klagemöglichkeit der Schiedsämtler	169
2. Kapitel: Das Genehmigungsverfahren im Pflegesatzverfahren der Schieds-	
stelle nach § 18 a Abs. 1 KHG	173
A. Antrag und Gegenstand der Genehmigung	173
B. Kompetenzen der Genehmigungsbehörde	175
I. Prüfungsmaßstab der Genehmigungsbehörde	175
II. Entscheidungsbefugnis der Genehmigungsbehörde	178
1. Keine gestaltende Genehmigung	178
2. Nebenbestimmungen	179
3. Die Versagung der Genehmigung	180
3. Kapitel: Die Rechtsaufsicht über das Verfahren der KHG-Schiedsstelle	182
A. Rechtsaufsicht über die Landesschiedsstelle nach § 18 a Abs. 5 KHG	182
B. Rechtsaufsicht über die Bundesschiedsstelle § 18 a Abs. 6 S. 10 KHG	183

10. Teil: Gerichtlicher Rechtsschutz gegen Entscheidungen der

Schiedsämtler bzw. Schiedsstellen	185
1. Kapitel: Rechtsweg und sachliche Zuständigkeit	185
2. Kapitel: Beteiligte im gerichtlichen Verfahren	186
A. Im Verfahren gegen Entscheidungen des Schiedsamts nach § 89 SGB V	186
B. Im Verfahren gegen Entscheidungen der KHG-Schiedsstelle nach	
§ 18 a KHG	187
I. Gegen (genehmigungsbedürftige) Entscheidungen der KHG-	
Landesschiedsstelle in pflegesatzrechtlichen Streitigkeiten	187
1. Hauptbeteiligte	187
2. Beiladung Dritter	188
II. Gegen (genehmigungsfreie) Entscheidungen der KHG-Landesschieds-	
stelle im Aufgabenbereich des SGB V	192
III. Gegen Entscheidungen der Bundesschiedsstelle nach	
§ 18 a Abs. 6 KHG	192
3. Kapitel: Klagearten	193
4. Kapitel: Keine selbständige Anfechtbarkeit von Verfahrenshandlungen	196
5. Kapitel: Kontrollmaßstäbe im gerichtlichen Verfahren	197

A. Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle	197
B. Form- und Verfahrensfehler	197
11. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit.....	201
1. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	201
2. Kapitel: Fazit	203
Literaturverzeichnis	205
Anhang	217
1. SchAVO	217
2. KHZVV	225
3. BSchV	233